

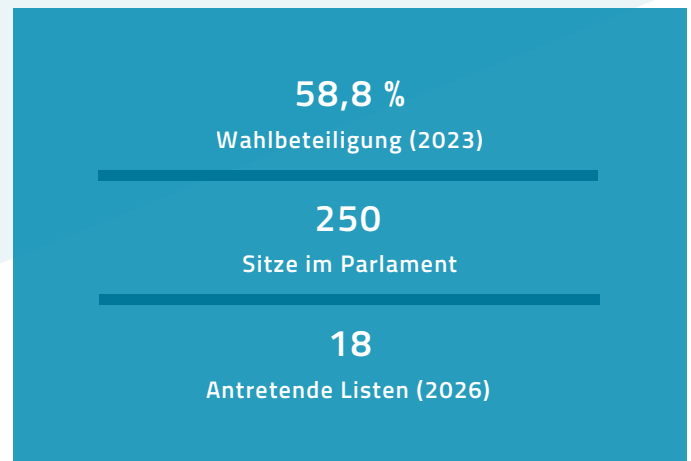
Briefing

Parlamentswahlen in Serbien

25. Oktober 2026

Péter Techet

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, IDM



Serbien: Vorgezogene Wahlen nach fast zwei Jahren Protest

Am 9. September 2026 löste Staatspräsident Aleksandar Vučić das Parlament auf und setzte vorgezogene Parlamentswahlen für den 25. Oktober an. Da Vučić aufgrund der verfassungsrechtlichen Begrenzung auf zwei Amtszeiten nicht erneut für das Präsidentenamt kandidieren kann, trat er am 27. September als Staatspräsident zurück und führt nun als Ministerpräsidentenkandidat die Liste seiner regierenden Serbischen Fortschrittspartei (SNS) an. Seither übt Parlamentspräsidentin Ana Brnabić das Präsidentenamt interimistisch aus; die Präsidentschaftswahl muss bis Ende Dezember stattfinden. Die SNS ist seit 2012 an der Macht – die Opposition konnte sie bislang nicht erfolgreich herausfordern. Heuer tritt jedoch eine Studierendenbewegung – hervorgegangen aus den seit November 2024 andauernden Protesten – bei den Wahlen an, die mit einer pragmatischen Rhetorik breitere Wählerschichten ansprechen und somit auch Chancen auf einen Wahlsieg haben könnte.

Wahlsystem: Ein landesweiter Wahlkreis

Das serbische Parlament besteht aus einer Kammer mit 250 Abgeordneten, die nach Verhältniswahlrecht in einem einzigen landesweiten Wahlkreis gewählt werden. Die Wähler*innen stimmen für geschlossene Wahllisten.

Es besteht eine Drei-Prozent-Hürde; die Mandate werden nach dem D'Hondt-Verfahren verteilt. Für Listen nationaler Minderheiten gilt diese Sperrklausel nicht; sie können daher auch mit weniger als drei Prozent der Stimmen an der Mandatsverteilung teilnehmen. Mindestens 40 Prozent der Kandidat*innen auf jeder Liste müssen Frauen sein.

Parteiensystem: Regierungsblock, parlamentarische Opposition und Studierendenbewegung

Das serbische Parteiensystem ist seit 2012 von der SNS und ihren Partnerparteien geprägt. Der politische Wettbewerb verläuft nicht entlang einer klassischen Links-Rechts-Achse. Zu den Hauptkonfliktlinien gehören die Bewertung von Vučić, das Verhältnis zur Europäischen Union, zu Russland und China sowie die Kosovo-Frage.

Regierungslager: Die SNS ist die wichtigste politische Kraft des Regierungslagers. Sie ist seit 2016 assoziiertes Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP); diese Mitgliedschaft wird seit September 2025 im Rahmen eines internen Prüfverfahrens der EVP überprüft. Für die Parlamentswahl 2026 tritt sie mit der Liste „Aleksandar Vučić – Ujedinjena Srbija“ („Vereintes Serbien“) an. Auf der SNS-Liste kandidieren auch Mitglieder anderer Parteien, etwa der rechtsextremen Serbischen Radikalen Partei (SRS). Zum Regierungslager gehört auch die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) von Ivica Dačić.

Bei der Wahl tritt die Partei gemeinsam mit „Einiges Serbien“ (JS), den Sozialdemokraten (SDPS) und den Grünen (Zeleni) als „Ivica Dačić – Faktor stabilnosti!“ („Faktor Stabilität!“) an. Auch der Bund der Vojvodina-Ungarn (SVM/VMSZ) unter Bálint Pásztor gehört der Regierungskoalition an; er tritt als Minderheitenliste an.

Studierendenbewegung: Die wichtigste neue politische Kraft bei der Wahl 2026 ist die Studierendenbewegung, die aus der Protestbewegung nach dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad im November 2024 hervorgegangen ist. Sie tritt unter dem Namen „Studentska lista – Studenti pobeđuju“ („Studierendenliste – Die Studierenden siegen“) an. Es handelt sich nicht um eine Partei, sondern um eine Bürgergruppe. Listenführer ist Ilija Srdanović, Kardiologe aus Novi Sad und Professor an der dortigen Medizinischen Fakultät. Unterstützt wird die Liste von mehreren Oppositionsparteien wie der liberalen Demokratischen Partei (DS), der Grün-Linken Front (ZLF) und der rechtskonservativen Partei „Dveri“.

Die Liste ist ideologisch heterogen und versteht sich nicht als klassische Links- oder Rechtspartei. Neben liberalen Forderungen nach mehr Rechtsstaatlichkeit und weniger Korruption vertritt die Studierendenbewegung auch nationalistische Positionen: In der Kosovo-Frage teilt sie den parteiübergreifenden Konsens der Nichtanerkennung.

Proeuropäische Opposition: Die parlamentarische Opposition ist fragmentiert. Bei den Wahlen 2023 traten viele von ihnen noch gemeinsam unter dem Namen „Srbija protiv nasilja“ („Serbien gegen Gewalt“) an, die Einheit zerfiel jedoch bereits im Vorfeld der Lokalwahlen in Belgrad 2024. Bei den heurigen Wahlen unterstützen einige Oppositionsparteien die Studierendenliste; andere treten aber mit einer eigenen Liste an: Die Parteien „Stranka slobode i pravde“ („Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“, SSP) und „Srbija Centar“ („Serbien Zentrum“, SRCE) bilden zusammen mit der Bürgerbewegung „Solidarnost“ („Solidarität“) die linksliberale, prowestliche Liste „Evropska Srbija“ („Europäisches Serbien“), welche vom SSP-Vorsitzenden Dragan Đilas geführt wird.

Rechtsnationale Opposition: Neben dem rechtsnationalen Regierungslager gibt es auch eine rechtsnationale Opposition, die zwar das Vučić-System ablehnt, aber eine EU-skeptische und prorussische Linie vertritt. Die wichtigste Liste aus diesem Lager ist die „Autentična desnica“ („Authentische Rechte“), die u.a. aus der Neuen Demokratischen Partei Serbiens (Novi DSS) und dem monarchistischen Bündnis „Monarhisti – Pokret za Kraljevinu Srbiju“ („Monarchisten – Bewegung für Wiederherstellung des Königreichs Serbien“, POKS) besteht. Sie befürwortet eine Zusammenarbeit mit der EU, lehnt eine Mitgliedschaft jedoch ab und tritt für ein Referendum darüber ein. Die Novi DSS kündigte an, nach der Wahl gegebenenfalls einer von der Studierendenliste geführten Regierung beizutreten.

Entwicklungen seit 2023: Politische Krise und Aufstieg der Studierendenbewegung

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 17. Dezember 2023 gewann die von der SNS geführte Liste „Srbija ne sme da stane“ („Serbien darf nicht stehen bleiben“) mit 48,07 Prozent der gültigen Stimmen (129 von 250 Sitzen). Die oppositionelle Liste „Srbija protiv nasilja“ („Serbien gegen Gewalt“) erreichte hingegen 24,32 Prozent (65 Sitze).

Die politische Situation veränderte sich grundlegend nach dem Einsturz des Vordachs des Bahnhofs von Novi Sad am 1. November 2024. Bei dem Unglück starben 16 Menschen. Die Katastrophe löste zunächst lokale Proteste aus, die sich zu einer landesweiten Mobilisierung gegen die Regierung entwickelten. Der Druck auf die Regierung nahm 2025 weiter zu. Ministerpräsident Miloš Vučević kündigte am 28. Jänner 2025 seinen Rücktritt an; am 16. April 2025 wurde der parteilose Arzt und Universitätsprofessor Đuro Macut zum neuen Regierungschef gewählt. Die Studierendenbewegung forderte wiederholt vorgezogene Parlamentswahlen und lehnte zugleich eine Eingliederung in die traditionelle Opposition ab.

Obwohl die regulären Parlamentswahlen erst für 2027 vorgesehen waren, kündigte Präsident Vučić im Juni 2026 vorgezogene Wahlen an. Am 9. September wurde das Parlament aufgelöst und der 25. Oktober 2026 als Wahltermin offiziell festgelegt.

Europäische Integration und Außenpolitik

Serbien ist seit 2012 EU-Beitrittskandidat und führt seit 2014 Beitrittsverhandlungen. Der Beitrittsprozess ist in den vergangenen Jahren jedoch ins Stocken geraten: Die EU kritisiert insbesondere Defizite bei Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung. Zugleich ist auch die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo eine Bedingung für den EU-Beitritt, aber Belgrad erkennt das Land weiterhin nicht an.

Im Juli 2026 empfahl die Europäische Kommission, mit Serbien das Verhandlungscluster 3 (Wettbewerbsfähigkeit und inklusives Wachstum) zu eröffnen; acht Mitgliedstaaten lehnen dies jedoch ab. Bereits im April 2026 warnte Erweiterungskommissarin Marta Kos wegen Unregelmäßigkeiten bei Kommunalwahlen vor dem möglichen Verlust von rund 1,5 Milliarden Euro an EU-Mitteln. Zusätzlich belastet wurden die Beziehungen durch das Begräbnis des verurteilten Kriegsverbrechers Ratko Mladić am 7. September 2026 in Belgrad, an dem hochrangige serbische Amtsträger*innen teilnahmen.

Ein weiterer Konfliktpunkt ist die Außenpolitik. Serbien verfolgt weiterhin einen Kurs, der auf die Aufrechterhaltung möglichst enger Beziehungen sowohl zur EU als auch zu Russland und China abzielt. Belgrad hat sich den EU-Sanktionen gegen Russland bislang nicht angeschlossen. Gleichzeitig ist die EU der wichtigste Handels- und Investitionspartner Serbiens. China spielt vor allem bei Infrastrukturprojekten, Investitionen und der Finanzierung größerer Vorhaben eine wichtige Rolle.

Die außenpolitische Orientierung Serbiens ist auch im Wahlkampf ein Thema. Die SNS will einen eigenständigen außenpolitischen Kurs mit gleichzeitiger Nähe zur EU, zu Russland und China fortführen.

Die proeuropäischen Oppositionsparteien setzen sich dagegen für eine stärkere Annäherung an die EU ein. Die Studierendenbewegung hält außenpolitische Fragen bislang weitgehend aus ihren Botschaften heraus.

Aussichten nach den Wahlen

Die Parlamentswahl 2026 wird für die weitere Entwicklung des serbischen Parteiensystems und die politische Zukunft von Vučić von großer Bedeutung sein. Ein starkes Ergebnis der Studierendenliste könnte die bisherige Parteienlandschaft verändern, möglicherweise sogar einen Systemwechsel herbeiführen.

Die veröffentlichten Umfragen zeichnen ein uneinheitliches Bild: Beim Faktor plus liegt die SNS-Liste mit 48,6 Prozent vor der Studierendenliste (37,1 Prozent), während die NSPM-Umfrage die Studierendenliste mit 44,4 Prozent vor der SNS-Liste (41,7 Prozent) sieht. In beiden Umfragen würden zudem die Liste der SPS, die proeuropäische Liste „Europäisches Serbien“ und einige Minderheitenlisten den Einzug ins Parlament schaffen.

Für die Zeit nach der Wahl sind drei Szenarien denkbar:

Erneute Regierung unter Führung der SNS: Die SNS-geführte Liste erzielt gemeinsam mit ihren bisherigen Partnern eine parlamentarische Mehrheit. Vučić könnte dann das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen – und somit blieben die grundlegenden Machtverhältnisse bestehen.

Die SNS bleibt stärkste Kraft, ist aber auf weitere Partner angewiesen: Die SNS-geführte Liste erhält die meisten Sitze, verfügt jedoch nicht über eine ausreichende Mehrheit. Für die Regierungsbildung wäre sie daher auf weitere Koalitionspartner angewiesen. Ein starkes Ergebnis der Studierendenliste könnte jedoch das Parteiensystem nachhaltig verändern.

Regierungsbildung ohne die SNS: Die Studierendenliste erreicht alleine oder gemeinsam mit anderen Oppositionsparteien eine parlamentarische Mehrheit. Damit wäre erstmals seit 2012 eine Regierung ohne die SNS möglich.

Eine Zusammenarbeit mit der proeuropäischen Liste „Evropska Srbija“ wäre denkbar – und stabiler als eine Regierung, die auch auf Parteien der rechtsnationalistischen Liste „Authentische Rechte“ angewiesen wäre.

Wichtigste antretende Listen

Liste	Parteien	Listenführer*in	Ausrichtung	Ergebnis 2023
Vereintes Serbien	SNS, SRS u.a.	Aleksandar Vučić	nationalpopulistisch, assoziiertes EVP-Mitglied	48,07 % / 129 Sitze („Srbija ne sme da stane“)
Faktor Stabilität	SPS, JS, SDPS, Zeleni	Ivica Dačić	linksnationalistisch	6,73 % / 18 Sitze (SPS–JS–Zeleni)
Studierendenliste – Die Studierenden siegen	Bürgergruppe; unterstützt u.a. von DS, ZLF, Dveri	Ilija Srdanović	überparteilich, pragmatisch	nicht angetreten
Europäisches Serbien	SSP, SRCE, Solidarnost	Dragan Đilas	proeuropäisch, linksliberal	24,32 % / 65 Sitze (Teil von „Srbija protiv nasilja“)
Authentische Rechte	Novi DSS, POKS	Miloš Jovanović	rechtsnationalistisch, EU-skeptisch	5,16 % / 13 Sitze (Teil von NADA)
Bund der Vojvodina-Ungarn (SVM/VMSZ)	SVM/VMSZ	Bálint Pásztor	Interessenvertretung der ungarischen Minderheit	1,74 % / 6 Sitze